

Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Verkehr und Umwelt der Stadt Baesweiler am 15.06.2010 im Sitzungssaal des Rathauses Setterich

Beginn: 18.00 Uhr
Ende: 20.00 Uhr

Anwesend waren:

a) stimmberechtigte Mitglieder:

Menke, Wilfried, als Vorsitzender
Baumann, Ina
Beckers, Rolf
 für Deserno, Hans-Dieter
Burghardt, Uwe
Derichs, Hubert
Heynen, Frank
 für Neumann, Nico
Hummel, Dieter
 für Schöneborn, Christian
Kohlhaas, Margarethe
Laufer, Jürgen
Lindlau, Detlef
 für Zillgens, Bruno
Lux, Heiko
Mandelartz, Alfred
Meißner, Elisabeth
 für Fritsch, Dieter
Mohr, Christoph
Schmidt, Kathi

b) beratendes Mitglied:

Yagbasan, Muhammed Ali

c) von der Verwaltung

I. und Techn. Beigeordneter Strauch
Beigeordneter Brunner
StAR Froesch
StA Schröter als Schriftführer

d) als Gast:

Polizeiberrat Ralf Mallmann

Die Mitglieder des Ausschusses waren durch Einladung vom 19.05.2010 unter Mitteilung der Tagesordnung einberufen worden. Der Ausschuss war nach der Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung, stellte die Beschlussfähigkeit fest und begrüßte die Vertreter der Verwaltung und der Presse.

T A G E S O R D N U N G :

A) Öffentliche Sitzung:

1. a) Verpflichtung eines Ausschussmitgliedes
1. b) Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Verkehr und Umwelt vom 08.12.2009
2. Verkehrsunfallentwicklung in Baesweiler im Jahr 2009;
hier: Verkehrsunfallstatistik der Polizei
3. Verkehrssituation in der Straße "Am Ringofen"
4. Verkehrssituation in der Josefstraße
5. Verkehrssituation in der Grünstraße
6. Aufstellung von Hundekot - Beutel - Automaten im Burgpark Setterich
hier: Antrag der FDP-Fraktion vom 06.02.2010
7. Novellierung der Straßenverkehrsordnung (StVO) 2009;
hier: Auswirkungen für das Stadtgebiet Baesweiler
8. Einrichtung einer Tempo-30-Zone auf der Mariastraße
hier: Antrag der FDP-Fraktion vom 13.04.2010
9. Mitteilungen der Verwaltung
10. Anfragen von Ausschussmitgliedern

B) Nicht öffentliche Sitzung

11. Mitteilungen der Verwaltung
12. Anfragen von Ausschussmitgliedern

T A G E S O R D N U N G :

A) Öffentliche Sitzung:

1. a) Verpflichtung eines Ausschussmitgliedes

Ausschussvorsitzender Menke erweiterte einvernehmlich die Tagesordnung um TOP 1.a) "Verpflichtung eines Ausschussmitgliedes".

Herr Frank Heynen bekundete durch Erheben von seinem Platz sein Einverständnis mit folgender vom Ausschussvorsitzenden vorgelesenen Erklärung:

"Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt erfüllen werde."

Über die Verpflichtung wurde eine besondere Niederschrift gefertigt, die von Herrn Heynen unterzeichnet wurde.

1. b) Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Verkehr und Umwelt vom 08.12.2009

Die Niederschrift über die Sitzung des Verkehrs- und Umweltausschusses vom 08.12.2009 wurde einstimmig zur Kenntnis genommen.

2. Verkehrsunfallentwicklung in Baesweiler im Jahr 2009; hier: Verkehrsunfallstatistik der Polizei

Beigeordneter Brunner erläuterte zu Beginn dieses Tagesordnungspunktes ausführlich die Verwaltungsvorlage.

Polizeiberrat Mallmann nahm dann zu der Verkehrsunfallstatistik 2009 Stellung. Er hob zu Beginn hervor, dass die Unfallzahlen für das Jahr 2009 im StädteRegionsgebiet Aachen gesunken seien. Lediglich in Baesweiler sei ein Anstieg zu verzeichnen. Den Hauptgrund für diese Entwicklung sah Herr Mallmann in der starken Polizeipräsenz und Präventivarbeit in Baesweiler im Jahre 2008, die dafür ursächlich seien, dass die Zahlen in Baesweiler im Jahre 2008 überdurchschnittlich stark zurück gegangen seien. Dabei wurde in 2008 nicht nur ein Schwerpunkt im Bereich Verkehr, sondern auch im Bereich Kriminalität gesetzt. Er verwies darauf, dass auf Grund der begrenzten Personalressourcen bei der Polizei in der Regel lediglich in einer Stadt pro Jahr Schwerpunkte gesetzt werden können, so also in Baesweiler im Jahre 2008.

Für das Jahr 2010 kann Herr Mallmann bereits mitteilen, dass sich die Verkehrsunfallzahlen bis zum Mai in Baesweiler wieder deutlich positiv nach unten entwickelt haben. Ein Grund hierfür liege möglicherweise in den schlechten Witterungsverhältnissen zu Beginn des Jahres, die dafür ursächlich seien, dass Verkehrsteilnehmer verhaltener gefahren sind.

Herr Mallmann erklärte, dass für Baesweiler bislang ein Bereich hervorzuheben sei, die L 240 n. Hier sei es zu zwei schweren Unfällen gekommen, einer sogar mit Todesfolge für einen Motorradfahrer. Auf Grund dieser Unfallentwicklung sei in Zusammenarbeit zwischen Polizei, Stadt Baesweiler und weiteren Beteiligten durch die Verwaltung ein Überholverbot für den gesamten Streckenbereich der L 240 n zwischen Übach-Palenberg und Baesweiler angeordnet worden. Erst auf mehrfaches Drängen der Polizei sei allerdings diese Anordnung durch den zuständigen Straßenbaulastträger, den Landesbetrieb Straßenbau, vor kurzem umgesetzt worden. Herr Mallmann sagte zu, dass dieses Überholverbot zukünftig durch die Polizei regelmäßig überwacht wird.

Herr Mallmann erklärte weiter, dass sich seit einiger Zeit eine neue Zielgruppe bei den Unfallopfern herausgestellt habe, und zwar ältere Personen, insbesondere Radfahrer, ab 65 Jahren. Hier werde das Polizeipräsidium ein neues Projekt ins Leben rufen, das präventive Arbeit leisten soll. Ein Hauptaugenmerk liege hier in der Helmtragepflicht sowie im Verhalten im Straßenverkehr der Radfahrer.

Herr Mallmann zog das Resümee, dass die Verkehrsunfallentwicklung der letzten zehn Jahre in Baesweiler insgesamt gesehen rückläufig sei. Er gehe davon aus, dass bei entsprechender Entwicklung in diesem Jahr, die Unfallzahlen für 2010 geringer sind als für das Jahr 2008. Betrachtet für das Gebiet der StädteRegion liegt Baesweiler, gemessen an den Häufigkeitszahlen, im positiven Sinne direkt hinter den Eifelkommunen für den Bereich Kriminalität und Verkehrsunfälle. Dies sei sicherlich als positives Ergebnis zu sehen.

Ausschussmitglied Lindlau fragte für die SPD-Fraktion an, welche Präventionsmaßnahmen ergriffen werden können, um die Verkehrsunfallentwicklung positiv zu beeinflussen.

Herr Mallmann antwortete hierzu, dass neben dem Kommissariat Verkehrsüberwachung auch ein Kommissariat bestehe, das sich ausschließlich mit der Prävention im Verkehrsbereich beschäftige. Hier arbeiten beispielsweise die Verkehrssicherheitsberater eng mit den Kommunen und anderen Organisationen, wie beispielsweise der Verkehrswacht, zusammen, um entsprechend auf das Verkehrsunfallgeschehen Einfluss zu nehmen. Herr Mallmann hob insbesondere das Projekt des Verkehrssicherheitsberaters, Herrn Bongers, Verkehrszähmer, hervor, das in Zusammenarbeit mit der Grengrachtschule durchgeführt wird.

Ausschussmitglied Mohr bedankte sich im Namen der CDU-Fraktion für den Vortrag des Herrn Mallmann. Darüber hinaus fragte er an, ob Herr Mallmann Aussagen über die Verkehrssicherheit in Kreisverkehren machen könne.

Herr Mallmann antwortete hierauf, dass hinsichtlich des Unfallgeschehens Kreisverkehre sicherer seien als Kreuzungen oder Einmündungen. Der Grund hierfür sei darin zu sehen, dass Verkehrsteilnehmer mit langsamer Geschwindigkeit auf einen Kreisverkehr zufahren und daher auch eher andere Verkehrsteilnehmer beobachten können und angepasster fahren. Als Beispiel für die positiven Erfahrungen mit Kreisverkehren nannte er das Land Schweden. Hier würden bei allen Neubaumaßnahmen an Straßen Kreuzungen in Kreisverkehre umgebaut, da man hierdurch positive Erfahrungen in der Vergangenheit gesammelt habe.

Ausschussmitglied Beckers teilte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit, dass ihm bei der Verkehrsunfallstatistik aufgefallen sei, dass die Zahl der verunglückten Radfahrer und Kinder in Baesweiler höher sei als in den anderen Nordkreiskommunen. Er fragte daher Herrn Mallmann, ob er konkreten Handlungsbedarf für Baesweiler sehe.

Herr Mallmann antwortete hierzu, dass derzeit keine Unfallschwerpunkte für das Stadtgebiet Baesweiler vorliegen würden und es daher derzeit auch keinen konkreten Handlungsbedarf gebe, bestimmte Bereiche umzugestalten bzw. umzubauen. Hinsichtlich der Unfälle mit Kindern teilte er mit, dass sich die Zahl verunglückter Kinder in den letzten Jahren bis auf das Jahr 2009 rückläufig entwickelt habe. Im Jahre 2010 sei bislang ein Kind bei einem Unfall verletzt worden. Herr Mallmann hob allerdings hervor, dass es sich bei diesen Unfällen mit Kindern größtenteils um passive Unfälle handelte und hierbei die Hauptursache bei der Nichtbeachtung der Gurtanlegepflicht zu sehen sei. Hier sei die Polizei gefordert, verstärkt auf die Eltern zuzugehen und präventiv auf diese einzuwirken.

Hinsichtlich der verunglückten Radfahrer konnte Herr Mallmann keine Aussagen machen, da ihm hier keine konkreten Zahlen vorlagen. Er sagte aber zu, für die nächste Sitzung des Verkehrs- und Umweltausschusses die Zahlen zu analysieren und einen entsprechenden Bericht vorzulegen.

Ausschussmitglied Mandelartz verwies nochmals auf die Ausführungen Herrn Mallmanns zu den Senioren über 65. Er fragte diesbezüglich nach, ob Herr Mallmann Aussagen oder konkrete Vorschläge machen könne, wie Radfahrer im Seniorenalter sicherer in Baesweiler geführt werden können.

Herr Mallmann erklärte hierzu, dass hinsichtlich der Gestaltung des Straßenraumes ausreichend Empfehlungen, wie beispielsweise die Empfehlungen zur Anlage von Radverkehrsanlagen 2010, bestehen, die den Kommunen vorgeben, Straßenräume entsprechend sicher zu gestalten. Einen konkreten Handlungsbedarf für Baesweiler sehe er aber nicht. Hinsichtlich der Prävention für Radfahrer sieht er die Polizei, die Verkehrswacht oder den Deutschen Verkehrsrat in der Pflicht auf Radfahrer entsprechend hinzuwirken bzw. Angebote für Radfahrer zu schaffen, damit diese lernen, sich sicher im öffentlichen Verkehrsraum zu bewegen.

Beigeordneter Brunner ergänzte zu den Ausführungen von Herrn Mallmann, dass die Verwaltung dieses Thema aufgegriffen und in einem der letzten Seniorenforen einen Referenten engagiert habe, der das Thema Verkehrssicherheit und Senioren behandelt habe, um so die älteren Mitbürger für das Thema zu sensibilisieren. Auch soll dieses Thema im Rahmen der Woche der Senioren aufgegriffen werden.

Ausschussmitglied Yagbasan fragte an, ob die Ausweisung von Überholverböten auf der L 240 n sinnvoll sei. Seiner Meinung nach wäre die Aufstellung einer Geschwindigkeitsüberwachungsanlage effektiver.

Herr Mallmann teilte hierzu mit, dass eine Geschwindigkeitsüberwachungsanlage nur punktuell die Geschwindigkeit verringere. Der Hauptproblempunkt auf der L 240 n sei allerdings, dass häufig überholt werde und hierdurch gefährliche Situationen entstehen. Daher sei die Ausweisung des Überholverbötes unabdingbar. Natürlich sei es auch notwendig, das Überholverbot konsequent zu überwachen. Dies habe die Polizei auch vor.

Ausschussmitglied Derichs stellte die Frage, in wie weit Alkohol mit verantwortlich für Verkehrsunfälle sei.

Hierzu antwortete Herr Mallmann, dass bei den Verkehrsunfällen mit schweren Folgen grundsätzlich Alkohol in Verbindung mit Drogen eine Hauptursache sei. Daher wurde seitens der Polizei auch verstärkt kontrolliert. Für Baesweiler könne er allerdings mitteilen, dass es hier keine Auffälligkeiten gebe.

Herr Beckers bat die Verwaltung, zu überlegen, ob im Rahmen der Seniorenwoche im September ein Seminar für Senioren angeboten werden könne, dass das Thema Radverkehr und Senioren beinhalte.

Herr Mallmann sagte für diesen Vorschlag die Unterstützung der Polizei zu.

Beschluss:

Der Ausschuss für Verkehr und Umwelt nahm einstimmig die Ausführungen der Verwaltung und der Polizei hinsichtlich der Verkehrsunfallstatistik 2009 zur Kenntnis und stimmte der Vorgehensweise zu.

3. Verkehrssituation in der Straße "Am Ringofen"

I. und Techn. Beigeordneter Strauch stellte in der Sitzung die Planung für die Verkehrsberuhigungsmaßnahme am Ortseingangsbereich in Beggendorf in der Straße "Am Ringofen" vor. Diese sieht die Einengung der Fahrbahn auf 3,50 m vor, so dass kein gegenläufiger Verkehr mehr möglich sein wird. Die Maßnahme wird voraussichtlich in zwei Monaten umgesetzt.

Beschluss:

Der Ausschuss für Verkehr und Umwelt beauftragte einstimmig die Verwaltung, die vorgestellte Planung umzusetzen.

4. Verkehrssituation in der Josefstraße

I. und Techn. Beigeordneter Strauch erläuterte ausführlich die Verwaltungsvorlage und stellte die Planung vor. Diese sieht vor, dass die derzeit ausgewiesenen alternierenden Parkmöglichkeiten im Wesentlichen erhalten bleiben sollen und die derzeit ausgewiesene Parkmarkierung den neu vorhandenen Zufahrten angepasst werde. Ferner sollen Parkplätze auf der Josefstraße im Bereich der Einmündung zur Lutherstraße angelegt werden, die den Verkehr aus Setterich abbremsen sollen. Darüber hinaus ist vorgesehen, eine entsprechende Parkzonenbeschilderung aufzustellen, um zu verhindern, dass außerhalb der markierten Flächen geparkt wird.

Ausschussmitglied Mohr erklärte für die CDU-Fraktion, dass diese im Wesentlichen der Planung zustimmen werde. Lediglich die beiden Parkplätze auf der Josefstraße im Einmündungsbereich zur Lutherstraße sehe man als problematisch an, da die Sichtbeziehungen von der Lutherstraße in die Josefstraße in Richtung Ortsmitte durch diese beiden Parkplätze verschlechtert seien.

Als Ausgleich solle die Verwaltung beauftragt werden, Gespräche mit der StädteRegion Aachen zu führen, das Baumtor im Ortseingangsbereich Loverich aus Richtung Setterich enger zu fassen, um hierdurch eine Verkehrsberuhigung zu erzielen.

Ausschussmitglied Beckers teilte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit, dass er festgestellt habe, dass die derzeit ausgewiesenen Parkmarkierungen nur noch schlecht erkennbar seien und daher erneuert werden sollten. Der vorgestellten Planung stimmte er zu. Er machte allerdings darauf aufmerksam, dass auch im Ortseingangsbereich von Loverich nach Setterich zu schnell eingefahren werde und es daher auch hier Handlungsbedarf gebe. Insbesondere verwies er darauf, dass eine Reduzierung der Geschwindigkeit auf der K8 zwischen Loverich und Setterich von derzeit 70 km/h auf 50 km/h zu einer Verbesserung des Geschwindigkeitsniveaus führen werde.

Beschluss:

Der Ausschuss für Verkehr und Umwelt beauftragt die Verwaltung, die vorgestellte Planung umzusetzen. Abweichend hiervon sind die beiden Parkplätze auf der Josefstraße im Einmündungsbereich zur Lutherstraße aus Richtung Setterich nicht auszuweisen. Stattdessen sind Gespräche mit der StädteRegion Aachen dahingehend zu führen, das Baumtor im Ortseingangsbereich Loverich aus Richtung Setterich enger zu gestalten.

5. Verkehrssituation in der Grünstraße

I. und Techn. Beigeordneter Strauch stellte die Planung vor, die vorsieht im Einmündungsbereich der Grünstraße zur B 57 ein provisorisches "Kissen" auszuweisen. Er hob hervor, dass diese Maßnahme als vorübergehendes verkehrsberuhigendes Element zu sehen sei, bis voraussichtlich im Jahre 2011/2012 im Rahmen der "Sozialen Stadt" die Grünstraße im Ganzen umgestaltet werden kann.

Ausschussmitglied Mohr teilte für die CDU-Fraktion mit, dass diese der Planung nicht zustimmen werde. Zum Einen sei zu berücksichtigen, dass die Grünstraße als Tempo-30-Zone mit rechts-vor-links Regelungen ausgewiesen sei und derzeit nur ein geringes Verkehrsaufkommen aufweise. Zum Anderen sei zu berücksichtigen, dass in spätestens zwei Jahren eine Umgestaltung der Straße vorgesehen sei und es seine Fraktion nicht befürworte, zurzeit Mittel auszugeben, die an anderer Stelle notwendiger gebraucht werden können.

Ausschussmitglied Mandelartz erklärte für die SPD-Fraktion, dass er die Argumentation von Herrn Mohr nicht nachvollziehen könne. Er finde es wichtig, gerade zum jetzigen Zeitpunkt das Provisorium zu errichten, da auch jetzt die Beschwerden vorliegen. Er machte ferner den Vorschlag, nicht nur an einer Stelle ein "Kissen" auszuweisen, sondern an mehreren.

I. und Techn. Beigeordneter Strauch teilte hinsichtlich der Ausweisung mehrerer "Kissen" mit, dass er dies für problematisch halte, da die BW1 die Grünstraße befahre. Da die Aufbringung mehrerer "Kissen" eine Beeinträchtigung der Linie mit sich bringen würde, sei zu befürchten, dass der Linienbetreiber eine andere Route wählen würde.

Ausschussmitglied Beckers erklärte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass er ein ganzheitliches Konzept für die Grünstraße und die umliegenden Straßen befürworte. Allerdings halte er es auch für sinnvoll, zum jetzigen Zeitpunkt das vorgestellte Konzept der Verwaltung umzusetzen, damit ein erster Teilerfolg erreicht werden könne. Seiner Meinung nach sollten finanzielle Argumente hier nicht zählen, zumal zu berücksichtigen sei, dass das noch aufzustellende "Kissen" nach 2012 in einer anderen Straße verwendet werden könne.

Ausschussmitglied Kohlhaas fragte an, wie hoch die Kosten für die vorgeschlagene Planung der Grünstraße seien.

I. und Techn. Beigeordneter Strauch antwortete hierzu, dass die Anschaffung eines "Kissens" ca. 4.000,00 € betragen würde.

Ausschussmitglied Yagbasan erklärte, dass aus seiner Sicht die Ausweisung eines einzelnen "Kissens" nicht ausreichend sei, sondern dass ein ganzheitliches Konzept für die Grünstraße allein nur zur Verkehrsberuhigung dienen kann.

I. und Techn. Beigeordneter Strauch schlug vor, mit der Bezirksregierung, die für die Förderung der Gesamtmaßnahme "Soziale Stadt" zuständig sei, zu erörtern, ob verkehrsberuhigende Maßnahmen im Bereich Grünstraße gegebenenfalls vorgezogen werden könnten. Selbstverständlich werde man die Situation vor Ort auch weiterhin beobachten.

Beschluss:

Der Ausschuss für Verkehr und Umwelt lehnte mit 5 Ja-Stimmen und 10 Nein-Stimmen den Beschlussvorschlag ab, die Verwaltung zu beauftragen, die vorgestellte Planung zur Lösung der Problematik "Grünstraße" umzusetzen.

Sodann beschloss der Ausschuss für Verkehr und Umwelt einstimmig, die Verwaltung zu beauftragen, mit dem zuständigen Ministerium, welches das Projekt "Soziale Stadt" fördere, dahingehend Gespräch zu führen, die Überplanung der Grünstraße schnellstmöglich vorzunehmen, um einen schnellen Ausbau zu erreichen.

6. Aufstellung von Hundekot - Beutel - Automaten im Burgpark Setterich **hier: Antrag der FDP-Fraktion vom 06.02.2010**

Beigeordneter Brunner erläuterte ausführlich die Verwaltungsvorlage.

Ausschussmitglied Kohlhaas führte für die FDP-Fraktion aus, dass ihres Wissens 1.600 Hunde in Baesweiler gemeldet seien. Dies bedeute eine jährliche Hundesteuereinnahme von ca. 100.000,00 €. Dem gegenüber stünden aus ihrer Sicht relativ geringe Kosten für die Installation von Dog-Stationen. Ferner sei zu berücksichtigen, dass die einzelnen Anschreiben an die Hundebesitzer, die man in der Verwaltungsvorlage vorschlage, ebenfalls Kosten verursachen werden. Setzt man die Kosten für die beiden Dog-Stationen in Relation zu den Kosten für die Anschreiben an die Hundebesitzer, so verstehe sie nicht, dass die beiden beantragten Dog-Stationen nicht aufgestellt werden könnten. Ferner könne sie auch nicht nachvollziehen, dass die Stadt bereits im vorhinein aufgrund von zu befürchtendem Vandalismus von der Installation absehen wolle.

Beigeordneter Brunner antwortete hierzu, dass vorgesehen sei, das besagte Schreiben an die Hundebesitzer den Hundesteuerbescheiden für das nächste Jahr mit beizulegen, damit keine gesonderten Kosten entstehen.

Ausschussmitglied Lindlau teilte für die SPD-Fraktion mit, dass seine Fraktion den Antrag unterstütze, um hierdurch Erfahrungen zu sammeln. Natürlich müsse das Aufstellen der Dog-Station begleitet werden durch entsprechende Kontrollen der Verwaltung.

Ausschussmitglied Mohr erklärte für die CDU-Fraktion, dass diese den Beschlussvorschlag auf Grund der negativ gemachten Erfahrungen in den Nachbarkommunen unterstützen werde.

Ausschussmitglied Beckers führte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an, dass er ebenfalls den Beschlussvorschlag unterstützen werde. Er befürchte, dass durch die Aufstellung der Dog-Stationen ein erhöhter Personalaufwand entstehe, der sicherlich sinnvoller, beispielsweise in der Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten durch Hundebesitzer, zum Einsatz kommen könne. Darüber hinaus sehe er die Hundebesitzer in der Verantwortung, selbst den Hundekot ihrer Tiere zu beseitigen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Verkehr und Umwelt lehnte mit 11 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen die Aufstellung von "Dog-Stationen" als "Pilotprojekt" im Burgpark Setterich auf Grund der in anderen Kommunen gemachten negativen Erfahrungen ab und beauftragte die Verwaltung, alle Hundehalter - wie oben ausgeführt - anzuschreiben und für das Thema "Beseitigung von Hundekot" zu sensibilisieren. Gleichzeitig wird die Verwaltung beauftragt, weitere Öffentlichkeitsarbeit (Presse/Stadinfo) zu diesem Thema zu leisten.

7. Novellierung der Straßenverkehrsordnung (StVO) 2009; hier: Auswirkungen für das Stadtgebiet Baesweiler

Beigeordneter Brunner erläuterte ausführlich die Verwaltungsvorlage. Hinsichtlich der Radwegweisung in Richtung Eschweiler teilte er mit, dass zwischenzeitlich der Kreis Düren zugesagt habe, sein Wegweisungssystem zukünftig derart anzupassen, dass eine Radverkehrswegweisung von Oidtweiler in Richtung Eschweiler mit aufgeführt werde.

Ferner ergänzte Beigeordneter Brunner hinsichtlich der Beschilderung in Richtung Übach-Palenberg, dass auch der Kreis Heinsberg zugestimmt habe, die Radwegführung von Baesweiler in Richtung Übach-Palenberg statt über die L 225 zukünftig über die K 27 entlang des CAP zu führen.

Ausschussmitglied Beckers bedankte sich für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für die Verwaltungsvorlage und hob hervor, dass die StVO-Novelle sicherlich einige Änderungen für das Stadtgebiet Baesweiler mit sich bringen werde, wie beispielsweise die Führung des Radverkehrs in der Jülicher Straße oder Wolfsgasse. Ferner bedankte er sich, dass die Vorschläge zur Änderung der Radwegweisung von der Verwaltung mit aufgenommen worden seien. Er regte allerdings an, mit Herrn Oswald noch zu besprechen, den Knotenpunkt 53, der derzeit an der L 225 aufgestellt sei, mit zu versetzen.

Ferner bat er die Verwaltung, nochmals zu überprüfen, ob nicht doch eine Hinweisbeschilderung zum Zentrum ab der Parkstraße über die Bahnhofstraße ausgeschildert werden könne, um ortsunkundigen Radfahrern eine schnelle Verbindung dorthin aufzuzeigen.

Beschluss:

Die Mitglieder des Ausschusses für Verkehr und Umwelt nehmen einstimmig die Ausführungen der Verwaltung zur StVO-Novelle und zum Radverkehr in Baesweiler zur Kenntnis.

**8. Einrichtung einer Tempo-30-Zone auf der Mariastraße
hier: Antrag der FDP-Fraktion vom 13.04.2010**

Ausschussmitglied Kohlhaas erklärte für die FDP-Fraktion, dass die besagte Querungshilfe nicht nur von Schülern der Grengrechtschule, sondern auch von vielen Schülern des Gymnasiums, der Hauptschule und der Friedensschule genutzt werde. Ferner verwies sie darauf, dass diese Querungshilfe auf Grund der Höhenlage der Straße sehr unübersichtlich und daher eine Geschwindigkeitsreduzierung sinnvoll sei.

Ausschussmitglied Beckers führte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an, dass in der Vergangenheit vorgesehen war, die Mariastraße zwischen Aachener Straße und Peterstraße als verkehrberuhigten Bereich auszuweisen, da sie auch so ausgebaut worden sei. Ferner machte er darauf aufmerksam, dass das Erscheinungsbild der Mariastraße zwischen Aachener Straße und Roskaul mit den Querungshilfen, dem ausgebauten Bereich vor dem Rathaus sowie dem Seniorenzentrum den Charakter einer Tempo-30-Strecke wiedergebe, so dass er über den FDP-Antrag hinaus beantrage, die Mariastraße zwischen Aachener Straße und Roskaul als Tempo-30-Strecke auszuweisen.

Ausschussmitglied Mandelartz teilte für die SPD-Fraktion mit, dass diese dem Vorschlag der Verwaltung folgen werde. Seine Fraktion sehe die Problematik, dass viele Fußgänger der Mariastraße nicht die Querungshilfen nutzen, sondern im Zuge der querenden Straßen die Mariastraße passieren. Hier erkenne er eher einen Problembereich als die Ausweisung einer Tempo-30-Strecke. Ferner bat er die Verwaltung zu überprüfen, ob die Notwendigkeit bestehe, einen Fußgängerüberweg an der betroffenen Stelle anzulegen.

Ausschussmitglied Kohlhaas bat die Verwaltung darum, den Tagesordnungspunkt in der Verkehrskommission nochmals zu behandeln.

Vorsitzender Menke sagte dies Frau Kohlhaas zu.

Beschluss:

Die Mitglieder des Ausschusses für Verkehr und Umwelt beschließen mit 13 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen, den Antrag der FDP-Fraktion auf Ausweisung einer Tempo-30-Strecke auf der Mariastraße zwischen Roskaul und Stadtpark Baesweiler auf Grund fehlender rechtlicher Möglichkeiten abzulehnen.

9. Mitteilungen der Verwaltung

- a) Beigeordneter Brunner erklärte, dass in der letzten Verkehrs- und Umweltausschusssitzung unter TOP 16 die Verwaltung beauftragt worden sei, mit dem Linienbetreiber West-Energie dahingehend zu sprechen, zukünftig keine Gelenkbusse mehr durch die Grengracht einzusetzen. Der Linienbetreiber habe hierzu mitgeteilt, dass auf Grund der hohen Fahrgastzahlen keine andere Möglichkeit bestehe als Gelenkbusse einzusetzen.

Ferner habe die Verwaltung mit der StädteRegion Aachen gesprochen, ob der Radius für Busse von der Kapellenstraße in die Grengracht gewährleistet sei. Dies sei durch die StädteRegion bejaht worden.

- b) Beigeordneter Brunner teilte mit, dass in der letzten Verkehrs- und Umweltausschusssitzung vom 08.12.2009, TOP 4, die Verwaltung beauftragt worden sei, in Absprache mit dem Landesbetrieb Straßenbau NRW und der Polizei zu prüfen, ob an der Einmündung Alsdorfer Straße/B 57 ein Stopp-Schild aufgestellt werden könne. Dies sei von beiden Behörden bejaht worden, so dass das Stopp-Schild zwischenzeitlich aufgestellt worden sei. Ferner wurde ein Radfahr-Piktogramm auf der Fahrbahn markiert.

Auch wurde mit dem Eigentümer der dort befindlichen Hecke gesprochen, der diese daraufhin zurückgeschnitten haben.

Ferner sei die Verwaltung beauftragt worden, an der betroffenen Einmündung einen Verkehrsspiegel aufzustellen. Dies sei allerdings durch den zuständigen Straßenbaulastträger, den Landesbetrieb Straßenbau NRW, und die Polizei abgelehnt worden.

- c) Des Weiteren teilte Beigeordneter Brunner mit, dass in der Verkehrs- und Umweltausschusssitzung am 08.12.2009, TOP 9, die Verwaltung beauftragt worden sei, Gespräche mit dem Landesbetrieb Straßenbau NRW dahingehend zu führen, vor Fertigstellung der B 57 n Zwischenlösungen für die Hauptstraße bezüglich der Verkehrsbeeinträchtigungen zu erstellen. Dies wurde allerdings vom Landesbetrieb abgelehnt.

10. Anfragen von Ausschussmitgliedern

- a) Ausschussmitglied Mandelartz fragte ergänzend zur Verkehrssituation in der Kapellenstraße/Ecke Grengracht an, ob seitens der Verwaltung geklärt worden sei, ob der Gehwegbereich zum Befahren durch Gelenkbusse ausgebaut sei.

Beigeordneter Brunner antwortete hierzu, dass dieser Bereich nicht entsprechend ausgebaut sei.

- b) Ausschussmitglied Kohlhaas bat die Verwaltung um Überprüfung der Parksituation auf der Bahnhofstraße im Bereich der dortigen Querungshilfe, da laut Aussagen der Anwohner dort ordnungswidrig geparkt werde.

Beigeordneter Brunner sagte eine Überprüfung zu.